

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt

(A)

Ich rufe jetzt den Tagesordnungspunkt III auf:

Beratung des Antrags der Bundesregierung

**Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der EU-geführten Operation Atalanta zur Bekämpfung der Piraterie vor der Küste Somalias auf Grundlage des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen von 1982 und der Resolutionen 1814 (2008) vom 15. Mai 2008, 1816 (2008) vom 2. Juni 2008, 1838 (2008) vom 7. Oktober 2008, 1846 (2008) vom 2. Dezember 2008, 1897 (2009) vom 30. November 2009, 1950 (2010) vom 23. November 2010 und nachfolgender Resolutionen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen in Verbindung mit der Gemeinsamen Aktion 2008/851/GASP des Rates der Europäischen Union vom 10. November 2008, dem Beschluss 2009/907/GASP des Rates der Europäischen Union vom 8. Dezember 2009, dem Beschluss 2010/437/GASP des Rates der Europäischen Union vom 30. Juli 2010 und dem Beschluss 2010/766/GASP des Rates der Europäischen Union vom 7. Dezember 2010**

(B)

– Drucksache 17/7742 –

Überweisungsvorschlag:  
 Auswärtiger Ausschuss (f)  
 Rechtsausschuss  
 Verteidigungsausschuss  
 Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe  
 Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung  
 Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union  
 Haushaltsausschuss gemäß § 96 GO

Nach einer Verabredung zwischen den Fraktionen ist es vorgesehen, hierzu eine halbe Stunde zu debattieren. – Dazu sehe und höre ich keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Bundesminister Dr. Guido Westerwelle.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

**Dr. Guido Westerwelle**, Bundesminister des Auswärtigen:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Kolleginnen und Kollegen! Die Pirateriebe-

kämpfung vor dem Horn von Afrika durch Atalanta ist nicht nur breit in diesem Hause getragen, sondern sie ist auch erfolgreich. (C)

Seitdem Atalanta vor knapp drei Jahren die Arbeit aufgenommen hat, haben wir über 120 Schiffstransporte des Welternährungsprogramms schützen können, und die Schiffe haben ihre somalischen Zielhäfen sicher erreichen können. Über 700 000 Tonnen Nahrungsmittel und weitere wichtige Hilfsgüter konnten so nach Somalia gebracht werden. Nach Angaben der Vereinten Nationen sind insgesamt 4 Millionen Menschen auf diese Hilfe angewiesen. Damit gehört Somalia zu den größten humanitären Krisengebieten weltweit.

Die humanitäre Hilfe durch Lieferungen des Welternährungsprogramms und anderer Hilfsorganisationen erfolgt fast vollständig auf dem Seeweg. Dass diese Hilfe bei den Menschen auch wirklich ankommt, ist schon ein enormer Erfolg von Atalanta. Deswegen möchte ich zuallererst den Frauen und Männern der Bundeswehr und auch den anderen Bürgern Deutschlands, die bei dieser Aktion ohne Uniform engagiert sind, herzlich danken. Ich glaube, wenn man die Bilder gesehen und sich ein wenig mit der Lage vor Ort befasst hat, dann erkennt man: Das ist wirklich ein humanitärer Auftrag; es ist ein Gebot der Mitmenschlichkeit, dass wir die Hilfslieferungen vor Piraterie schützen. Eigentlich müsste jeder in diesem Hohen Hause, wenn er nachdenkt und seinem Herzen folgt, diesem Mandat zustimmen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

(D)

Meine Damen und Herren, Atalanta ist erfolgreich. Aber ich will hinzufügen: Die Pirateriebekämpfung vor dem Horn von Afrika ist unzweifelhaft noch nicht am Ziel. Immer noch befinden sich zehn Schiffe und etwa 240 Personen in der Gewalt von Piraten. Immer noch sind die Schiffe des Welternährungsprogramms und die Handelsschiffahrt durch die Piraterie bedroht. Zwar können aufgrund des robusteren Vorgehens im Rahmen von Atalanta und der Umsetzung von Selbstschutzmaßnahmen in der zivilen Schifffahrt immer mehr Angriffe abgewehrt werden; die Zahl der Angriffe durch Piraten auf die Schifffahrt aber bleibt hoch. Die Gefahr, die von den Piraten in den somalischen und den angrenzenden Gewässern ausgeht, ist noch nicht gebannt.

Wir alle wissen um die großen Schwierigkeiten in Somalia; wir alle wissen um die Not der Menschen. Aber daraus die einfache Schlussfolgerung zu ziehen, dass man die Piraterie entschuldigen oder erklären könnte, halte ich für einen schweren Fehler. Wir sollten den Aspekt der organisierten Kriminalität, die hinter dieser Piraterie steckt, nicht ignorieren und erst recht nicht verharmlosen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wir sind darüber einig, dass wir gleichzeitig vor Ort vieles tun müssen, weil die Lage weiterhin extrem fragil ist und durch die organisierte Kriminalität weiterhin gefährdet ist. Somalia wird noch lange nicht in der Lage sein, die Piraterie vor seiner Küste in eigener Verantwor-

**Bundesminister Dr. Guido Westerwelle**

- (A) tung wirksam zu bekämpfen. Dies wird unzweifelhaft zunächst die Aufgabe der internationalen Gemeinschaft bleiben müssen.

Für die Bundesregierung bitte ich daher um Ihre Zustimmung zu der Fortsetzung der deutschen Beteiligung an der EU-geführten Operation Atalanta. Atalanta handelt im Auftrag der Vereinten Nationen und auf Bitten der somalischen Übergangsregierung. Der Rat der Europäischen Union hatte bereits am 7. Dezember 2010 die Verlängerung von Atalanta bis zum 12. Dezember 2012 beschlossen. Das heißt, das, was wir tun, ist nicht nur völkerrechtlich gedeckt, sondern auch europäisch und international eingebettet.

Die Freiheit der Meere und die Sicherung der Seewege sind von besonderer strategischer Bedeutung. Das zu ignorieren, wäre ein Fehler. Es würde übrigens auch das internationale Recht auf den Kopf stellen. Meine Damen und Herren, Europa profitiert wie kein anderer Kontinent vom freien Fluss globaler Handelsströme: Durch das Seegebiet vor Somalia, vor allem durch den Golf von Aden, führt die wichtigste Handelsroute zwischen Europa, der arabischen Halbinsel und Asien. Diese Route offen zu halten, ist eine wichtige Aufgabe internationaler Sicherheitspolitik und liegt im unmittelbaren deutschen Interesse. Ich kann nichts Schlechtes daran erkennen, dass wir die Schiffe der internationalen Gemeinschaft, auch unsere Schiffe, schützen. Das ist unser Recht. Ich glaube sogar: Es ist auch unsere Pflicht, unsere Schiffe und Besatzungen zu schützen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

- (B) Meine Damen und Herren, Deutschland gehört bei Atalanta kontinuierlich zu den führenden Beitragstellern und stellt gegenwärtig den Kommandeur der Kräfte im Einsatzgebiet. Wir werden damit unserer Verantwortung gegenüber unseren Partnern auch in der Europäischen Union gerecht.

Wir flankieren die Bekämpfung der Piraterie auf See natürlich durch Bemühungen zur Bekämpfung der Ursachen von Piraterie an Land und durch Unterstützungsleistungen für den Wiederaufbau des somalischen Staates. Wir leisten humanitäre Hilfe, um das unmittelbare Leid von Millionen Menschen zu lindern.

Wir tragen mit der Beteiligung an der European Training Mission Somalia, in deren Rahmen bislang rund 2 000 Soldaten der somalischen Übergangsregierung ausgebildet worden sind, zur Schaffung eines sicheren Umfeldes bei. Wir unterstützen die Ausbildung afrikanischer Polizisten, die als Trainer und Berater der somalischen Polizei eingesetzt werden. Wir beteiligen uns an den Anstrengungen der Europäischen Union, gemeinsam mit den afrikanischen Partnern regionale Küstenwachen aufzubauen, zu deren Aufgaben auch der Gewässer- und Fischereischutz zählen wird.

Wir unterstützen mit erheblichen Mitteln die Finanzierung der Mission der Afrikanischen Union in Somalia. Den Verfassungsprozess in Somalia fördern wir durch eine vom Max-Planck-Institut für Völkerrecht durchgeführte rechtliche Beratung. Wir helfen den Vereinten Nationen, die rechtsstaatlichen Kapazitäten in den Staaten

- der Region auszubauen. Atalanta fügt sich ein in eine Vielzahl von Maßnahmen, die ein gemeinsames Ziel haben, nämlich die fragile Region am Horn von Afrika zu stabilisieren. Das soll die Voraussetzung für eine bessere Lebenssituation der Menschen vor Ort und die nachhaltige Entwicklung Somalias schaffen. Sie sehen also, dass wir sehr wohl auch die zivilen und entwicklungspolitischen Aspekte der Stabilisierung mit Ernst und Energie anpacken. Derzeit ist aber auch der militärische Schutz notwendig. Zusammen wird ein Schuh daraus. Das ist, zusammen genommen, überzeugende Politik.

Ich bitte den Bundestag – wie bisher auch geschehen – um eine breite Unterstützung dieses Mandates.

Am heutigen Tag wurde leider die Nachricht übermittelt, dass wieder zwei Soldaten in Afghanistan verletzt worden sind. Von daher sollte man jeden Augenblick voller Dankbarkeit auf die Menschen schauen, die wir alle schon persönlich besucht haben und die ganz persönlich ihren Körper und ihre Seele – ihre ganze Persönlichkeit – dafür einsetzen, dass wir bei uns sicher leben und auch anderen helfen können, die ohne uns ein ganz schreckliches Schicksal haben würden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

**Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:**

Rolf Mützenich hat jetzt das Wort für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

(D)

**Dr. Rolf Mützenich (SPD):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Tat, Atalanta ist in erster Linie eine zivile und humanitäre Maßnahme. Ich glaube, wir sollten in diesem Hause gemeinsam überlegen – das ist an alle Fraktionen gerichtet –, wie das Leid der Menschen in Somalia gemindert und die aktuelle Hilfe dort gesichert werden kann. Vier Millionen Menschen sind davon betroffen. Die Vereinten Nationen haben um Unterstützung gebeten. Ich finde schon, dass es zur Respekterweisung dazugehört, dass alle Fraktionen eine Antwort darauf geben, damit insbesondere in Bezug auf die aktuellen Herausforderungen, denen sich dieses Land gegenüber sieht, diese Hilfe auch gewährleistet werden kann.

Für meine Fraktion komme ich zu der Schlussfolgerung, dass natürlich auch ein Schutz insbesondere für die Hilfstransporte erfolgen muss, die vonseiten der Vereinten Nationen angefordert werden und die vielen Menschen helfen. Deswegen unterstützen wir das, was der Bundesaußenminister hinsichtlich dieses Mandates als Gesamtmission angesprochen hat.

Ich würde gerne, Herr Minister, noch auf weitere Punkte eingehen. Wir werden in der Zukunft über einige Punkte sicherlich in ein wenig stärkerem Maße diskutieren müssen. Ich verstehe schon, dass man das vonseiten der Bundesregierung hier nicht so offen sagen kann – Parlamentarier sollten das aber tun –: Das Problem Somalias besteht auch darin, dass einzelne Nachbarstaaten in der

**Dr. Rolf Mützenich**

- (A) Vergangenheit – das gilt aber offensichtlich auch für die aktuelle Situation – Einfluss genommen haben bzw. weiter nehmen. Sie nehmen letztlich auch mit Gewalt Einfluss. Dabei kommt es auch zu schwierigen Situationen.

Wir müssen, finde ich, insbesondere die Nachbarstaaten dazu aufrufen, nicht mit Gewalt von außen in dieses Land einzugreifen, sondern am Aufbau Somalias aktiv mitzuwirken. Das gehört zu der Diskussion, die wir hier führen, genauso dazu wie das Debattieren über den sozialen und politischen Aufbau in Somalia.

In der Tat ist es richtig – das wird hier immer wieder angesprochen –, dass Armut und Piraterie zusammengehören. In dem Zusammenhang ist auch die Situation zu nennen, vor die Somalia in den letzten Jahren und Jahrzehnten gestellt wurde. Gleichzeitig will ich darauf aufmerksam machen, mit welchem Respekt wir den Menschen begegnen sollten, die sich in Somalia ganz bewusst gegen Piraterie entscheiden und sagen: Das wird unserem Land, unserer Kultur und Tradition nicht gerecht. Deswegen warne ich vor vereinfachenden Schlussfolgerungen. Insbesondere nehme ich das auf, was Jack Lang, der Sonderbeauftragte der Vereinten Nationen, festgestellt hat. Er sagte, das Problem der Piraterie bestehe insbesondere darin – Herr Außenminister, Sie haben das angesprochen –, dass sie von der organisierten Kriminalität bzw. von den internationalen Netzwerken unterstützt wird, indem diese das Geld waschen, das die Piraterie erbringt. Es gehört zu einer ehrlichen Diskussion in der Europäischen Union dazu, festzustellen, dass wir die Piraterie insbesondere durch internationale Maßnahmen bekämpfen müssen, um organisierte Kriminalität weiterhin zurückzudrängen. Man muss hinzufügen: Sie findet auch in westlichen Handelsstädten statt.

(B)

Wir sollten uns immer wieder vergegenwärtigen: Piraterie ist nicht das Problem Somalias oder am Horn von Afrika, sie ist auch in anderen Regionen ein Problem. Sie ist auch ein historisches Phänomen, was mit dem einen oder anderen Land, das heute als Partner bezeichnet wird, durchaus in einem Zusammenhang gestanden hat. Ich würde gerne in dieser Runde aus einer gültigen Verfassung zitieren, die der eine oder andere vielleicht kennt. Da heißt es:

Die Volksvertretung hat das Recht ... Kaperbriefe auszustellen und Vorschriften über das Prisen- und Beuterecht zu Wasser und zu Lande zu erlassen.

Das ist keine Verfassung eines Landes im Südpazifik, das ist auch nicht die Verfassung der Malediven, sondern es ist die amerikanische Verfassung. Wir sollten uns vergegenwärtigen, dass dies durchaus noch aktuelles Recht ist.

(Dr. Guido Westerwelle, Bundesminister:  
Na ja!)

– Ich glaube nicht, dass die Kolleginnen und Kollegen davon Gebrauch machen, aber will ich auf das historische Phänomen aufmerksam machen, weil das zu einer politischen Diskussion dazugehört.

Regierungen und Parlamente haben die Piraterie zurückgedrängt. Gerade in einzelnen Staaten Asiens ist es

gelingen, die Probleme, die dort seit Jahrzehnten existieren, einzudämmen, und zwar durch bessere Regierungsführung, aber auch durch Sicherungsmaßnahmen, die sie zum Schluss selbst ergriffen haben. Damals wurden sie international unterstützt. Das beste Momentum, das diese Länder darin unterstützt, die Piraterie zu bekämpfen, ist die regionale Zusammenarbeit. Deswegen müssen wir nach meinem Dafürhalten noch viel stärker das regionale Zusammenwirken am Horn von Afrika stärken. Dazu müssen wir die Regierungen ermutigen.

(C)

Ich möchte auf eine innenpolitische Diskussion eingehen – auch das gehört zu diesem Thema –: Auch die deutschen Reeder tragen Verantwortung. Die haben sie in der Tat auch wahrgenommen. Es kann aber nicht sein, dass deutsche Reeder deutsche Schiffe ausflaggen und damit ihrer sozialen Verantwortung in Deutschland nicht mehr gerecht werden, aber gleichzeitig vom deutschen Staat Sicherheitsmaßnahmen verlangen. Das müssen wir in einer solchen Debatte offen benennen; denn auch die Reeder tragen Verantwortung.

Ein weiterer Aspekt, den ich in Ihrer Rede gänzlich vermisst habe, war die Diskussion, die die Bundesregierung im August dieses Jahres hier geführt hat. Es geht darum, private Sicherheitsdienste, unter Umständen schwer bewaffnet, auf Schiffen zuzulassen. Dazu haben Sie heute nichts gesagt. Ich hätte zumindest gerne gewusst, ob diese Angelegenheit im Kabinett vom Tisch ist, ob das staatliche Gewaltmonopol möglicherweise durch derartiges Vorgehen weiter ausgehöhlt werden soll, ob es weiterhin von der Initiative der Bundesregierung getragen ist oder ob es eine neue Entwicklung gibt? Das sollte in zweiter und dritter Lesung zu diesem Mandat noch einmal angesprochen werden.

(D)

Wir vonseiten der SPD-Fraktion sehen beim Vorhaben der Bundesregierung große Probleme. Die Pläne sehen vor, dass private Sicherheitsfirmen zertifiziert und überwacht werden sollen. Ich frage mich, ob das auch für andere private Sicherheitsdienste, die es im internationalen Umfeld gibt, gelten soll. Wir werden darüber eine Debatte führen. Ich kündige hier schon an, dass wir in der nächsten Woche im Deutschen Bundestag intensiver über die privaten Sicherheitsfirmen debattieren werden. Wir, die SPD-Fraktion, haben dazu einen Antrag vorgelegt.

Zur letzten Frage, die Sie am Rande angesprochen haben. Rechtliche Fragen spielen in der Tat eine große Rolle. Im Zusammenhang mit diesem Mandat wurde auch darüber diskutiert, ob ein spezieller Strafgerichtshof für Piraterie eingerichtet oder zumindest eine weitere Kammer beim Internationalen Seegerichtshof in Hamburg angesiedelt werden sollte;

(Beifall des Abg. Burkhardt Müller-Sönksen  
[FDP])

denn wir haben diesbezüglich rechtliche Schwierigkeiten. Das Verwaltungsgericht Köln hat in einem besonderen Fall dargelegt, dass die rechtlichen Umgangsformen in Kenia – darum ging es in diesem Fall – nicht unseren Standards entsprechen. Deswegen fordere ich die Bundesregierung insbesondere vor dem Hintergrund der der-

**Dr. Rolf Mützenich**

- (A) zeitigen Mitgliedschaft Deutschlands im Sicherheitsrat auf, weitere Initiativen zu ergreifen, um hierzu im internationalen Recht Änderungen herbeizuführen. Insbesondere fordere ich sie aber auf, zu diesem Thema im Parlament Stellung zu beziehen.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:**

Thomas Kossendey ergreift jetzt das Wort für die Bundesregierung.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

**Thomas Kossendey**, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die EU-Operation Atalanta steht letztendlich für den Willen und die Entschlossenheit der internationalen Gemeinschaft, Piraterie am Horn von Afrika, aber auch im Golf von Aden zurückzudrängen. Gleichzeitig macht sie die Schiffsverkehre in dieser Region sicherer, und das ist im Interesse der Menschen, die dort leben, weil 90 Prozent der Hilfslieferungen, die die Vereinten Nationen über das Welternährungsprogramm dort hinbringen, auf dem Seeweg transportiert werden. Der Außenminister hat mit eindrucksvollen Zahlen deutlich gemacht, dass diese Hilfslieferungen die Menschen vor Ort erreichen. Die Hungersnot, über die in den letzten Wochen insbesondere aus Somalia und vom Horn von Afrika berichtet wurde, zeigt, dass diese Hilfe notwendiger denn je ist. Seit 2008 sind alle diese Hilfstransporte angekommen; das ist anders als vorher. Daneben leistet Atalanta einen ganz wichtigen Beitrag dazu, die Handelsschiffe auf sichere Seeverbindungslinien zu bringen.

(B)

Ich will noch etwas ins Gedächtnis rufen: Die Zahl der Überfälle durch Piraten liegt in etwa auf dem Niveau der letzten Jahre, die Zahl der erfolgreichen Entführungen konnte allerdings halbiert werden.

(Joachim Spatz [FDP]: So ist es!)

Dafür gibt es viele Ursachen. Das hängt auch damit zusammen, dass die Reeder ihr Verhalten geändert haben; der Kollege Mützenich hat das ja angesprochen. Um Ihnen das mithilfe von Zahlen zu verdeutlichen: Wir haben am Horn von Afrika ungefähr 25 000 bis 30 000 Schiffspassagen jedes Jahr, davon ungefähr 3 000 unter deutscher Flagge. Natürlich haben Sie recht, Herr Kollege Mützenich, wenn Sie sagen, dass die Reeder für ihre Schiffe und die Menschen auf ihren Schiffen eine besondere Verantwortung tragen. Diese fordern wir ein. Alle zuständigen Stellen unserer Regierung stehen im ständigen Gespräch mit den Reedern. Dabei spielt natürlich auch die Frage der privaten Sicherheitsdienste eine Rolle. Dieses Thema geht nicht in erster Linie das Verteidigungsministerium an. Ich kann aber sagen: Der Verkehrsminister und der Innenminister – beide sind dafür zuständig – klären im Augenblick den rechtlichen Rahmen, in dem diese Dienste erfolgen können. Ich sage aber auch: Deutsche Soldaten auf Schiffen, die nicht unter deutscher Flagge fahren – dieses Thema haben Sie

auch angesprochen –: Das geht völkerrechtlich nicht. (C) Dafür brauchen wir Abkommen mit den Flaggenstaaten. Sie wissen, dass das nicht ganz leicht ist.

Neben den Maßnahmen, die die Reeder ergriffen haben, um ihre Schiffe besser zu sichern – ich sage in Klammern: Manchmal ist es betrüblich, festzustellen, dass das längst nicht alle Reeder tun –, haben wir natürlich auch durch die Änderung der Operationspläne bei Atalanta dazu beigetragen, dass wir jetzt energischer durchgreifen können. Wir haben mehr Möglichkeiten, die sogenannten Vessel Protection Detachments an Bord zu bringen. Wir haben mehr Möglichkeiten, das Pirateriematerial, das wir an Bord nehmen, sofort zu vernichten, auch ohne große Beweisbeschlüsse. Wir haben auch mehr Möglichkeiten, um uns um Mutterschiffe zu kümmern; das ist ein Thema, das der Kollege Stinner mehrfach angesprochen hat.

(Dr. Rainer Stinner [FDP]: Richtig!)

Von den Ländern der Europäischen Union, die sich an Atalanta beteiligen, stellte die Bundesrepublik Deutschland in den letzten Jahren neben Spanien den stärksten Anteil, nicht, weil die anderen nicht wollten, sondern schlichtweg, weil die anderen Länder im maritimen Bereich zum Teil so stark reduziert haben, dass sie sich gar nicht beteiligen können. Von den 27 Mitgliedstaaten beteiligen sich im Wesentlichen Deutschland, Spanien, Frankreich, die Niederlande und Luxemburg an diesen Aktivitäten. Wir wollen uns auch in Zukunft beteiligen. Für 2012 haben wir durchgängig eine Fregatte bereitgestellt. Wir werden einen Einsatzgruppenversorger hinunterschicken und ab April 2012 wieder ein Seeraumüberwachungsflugzeug. (D)

In den letzten Wochen sind häufig Berichte durch die deutsche Presse gegeistert, nach denen die deutschen Kräfte zwar Piraten an Bord ihrer Schiffe festsetzen, sie dann aber mit Nahrungsmitteln auf einem kleinen Schlauchboot aussetzen und wieder nach Somalia zurückschicken. Lassen Sie mich dazu einiges sagen. Zunächst einmal: Das Primärziel von Atalanta ist ja nicht die Piratenjagd. Wer das Mandat liest, weiß, dass das nicht so ist. Das wird zwar häufig in der Öffentlichkeit so diskutiert, aber es steckt mehr dahinter. Wir haben die Rules of Engagement geändert. Wir können intensiver eingreifen. Aber da, wo kein Kläger ist, werden wir auch keinen Richter finden. Deswegen ist es in einigen Fällen auch nach dem internationalen Recht nicht unüblich, diejenigen, die man auf frischer Tat ertappt hat, zurückzubringen. Wir haben noch keinen Gerichtshof, der international diese Straftaten aburteilt.

Ich glaube, niemand in diesem Hause wird einer Art und Weise das Wort reden, die menschenverachtend wäre. Die Piraten werden nicht einfach in ein Schlauchboot gesetzt mit den Worten: Kommt irgendwie nach Hause. – Ich bin sicher, dass es hier sonst Diskussionen gäbe, die wir alle nicht wollen. Der Internationale Strafgerichtshof, den Sie, Herr Mützenich, angesprochen haben, müsste ja in den Vereinten Nationen seine Ursache finden. Auch da wissen wir, dass das im Augenblick sehr schwer ist, weil längst nicht alle Länder der Vereinten Nationen das für sinnvoll halten.

Parl. Staatssekretär Thomas Kossendey

- (A) Sie haben das Urteil vom Verwaltungsgericht Köln angesprochen. Sie wissen, dass sich das auf einen Fall bezieht, der sich ereignete, bevor wir mit Kenia ausgemacht haben, dass die Gefangenen, die wir dorthin bringen, in Umständen gefangen gehalten werden, die menschenrechtlich für uns verantwortbar sind. Sie wissen auch, dass unser Botschafter diese Prozesse und die Umstände, unter denen die Gefangenen dort festgehalten wurden, sehr intensiv beobachtet hat.

Eines muss aber klar sein: Das, was wir mit der deutschen Marine auf See machen, ist nur ein Bekämpfen von Symptomen. Wir brauchen jenseits dessen, was der Verteidigungsminister an Beitrag zu liefern hat, eine weitaus breitere Palette an Aktionsmöglichkeiten, um den Sumpf der Piraterie dort auszutrocknen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ich meine, wir sollten das insgesamt anpacken.

All den Soldatinnen und Soldaten, die sich in den letzten Jahren dort engagiert haben, und zwar unter Bedingungen, die weiß Gott nicht immer so sind, wie man sich das hier vorstellt, wenn man die Sonne über Dschibuti scheinen sieht, sollten wir herzlich danken und sie mit einem Mandat ausstatten, das von einer breiten Mehrheit im Parlament getragen wird.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

- (B) **Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:**  
Christine Buchholz hat jetzt das Wort für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

**Christine Buchholz (DIE LINKE):**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Seit drei Jahren ist die Bundeswehr im Rahmen der EU-Militäroperation Atalanta vor der Küste Somalias unterwegs.

(Zuruf von der CDU/CSU: Erfolgreich!)

Das Ziel der Mission, so schreibt die Regierung im Mandatstext, sei die Bekämpfung der Piraterie und die Sicherung der Versorgung der notleidenden Menschen Somalias. Das Mandat ermächtigt die Bundeswehr zur „Durchführung der erforderlichen Maßnahmen, einschließlich des Einsatzes von Gewalt, zur Abschreckung ...“.

Wie das in der Praxis aussieht, konnten wir wieder einmal Ende September sehen: Eine deutsche Fregatte versenkte zwei Schiffe in somalischen Gewässern und setzte die Besatzung an Land ab.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Die Unschuldsvermutung gilt anscheinend nicht in somalischen Gewässern. Der Kommandeur vor Ort richtet und setzt auch gleich die Strafe um. Das entspricht nicht unseren Vorstellungen von rechtsstaatlichen Grundsätzen.

(Beifall bei der LINKEN)

(C)

Die Strategie der Regierung hat keinen Erfolg. Hier muss ich Ihnen widersprechen, Herr Westerwelle, das belegen auch die Zahlen. Auch nach drei Jahren Atalanta müssen wir in diesem Jahr wieder konstatieren: Die Überfälle von Piraten sind auf einem neuen Höchststand.

(Zuruf von der CDU/CSU: Stimmt doch nicht!)

Die Zahl der geglückten Entführungen stagniert auf hohem Niveau, und die Piraten haben ihr Operationsgebiet weiter ausgedehnt. Von einer erfolgreichen Bekämpfung der Piraterie kann keine Rede sein.

(Beifall bei der LINKEN – Zuruf von der CDU/CSU: Knapp an der Realität vorbei!)

Dabei sind sich alle einig, dass Piraterie zur See nicht militärisch zu bekämpfen ist. Das ist schon rein technisch unmöglich. Dafür sind der zu überwachende Seeraum und die Zahl der zu schützenden Schiffe viel zu groß.

**Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:**

Frau Kollegin, möchten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Stinner zulassen?

**Christine Buchholz (DIE LINKE):**

Nein, möchte ich nicht. Ich rede jetzt die vier Minuten durch, und anschließend kann der Kollege Stinner gerne etwas sagen.

(Zuruf von der CDU/CSU: Wird ja nicht angerechnet!)

(D)

Wer Piraterie wirklich bekämpfen will, muss die sozialen und politischen Ursachen angehen. Hier ist die Bundesregierung keinen Schritt weiter als letztes Jahr. Denn immer noch beharrt sie darauf, eine von außen eingesetzte Regierung in Somalia an der Macht zu halten. Ihr Ansatz ist, Verhandlungen aus der Position der militärischen Stärke zu führen. Die wichtigsten Rebellengruppen werden von den diplomatischen Gesprächen ausgeschlossen.

Die Menschen in Somalia brauchen dringend Hilfe, aber sie brauchen zivile, humanitäre Hilfe.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie brauchen eine Abkehr von der menschenverachtenden neoliberalen Handelspolitik

(Widerspruch bei der CDU/CSU und der FDP)

und den Spekulationen mit Nahrungsmitteln, die auch zentrale Ursachen für die Krise und den Hunger in Somalia sind.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie brauchen keine Eskalation des Krieges, wie sie momentan stattfindet. Der Einmarsch kenianischer und äthiopischer Truppen in den letzten Wochen wird die Lage der Menschen in Somalia nur noch weiter verschlimmern. Wegen der Militäroperationen im Grenzgebiet können die vor der Dürre Flüchtenden nicht in die

**Christine Buchholz**

- (A) Flüchtlingslager in Kenia gelangen. Deswegen und weil wir eine grundsätzliche Umorientierung der Politik in Bezug auf Somalia fordern, sagen wir: Herr Westerwelle, ändern Sie den eingeschlagenen Kurs!

(Dr. Guido Westerwelle, Bundesminister:  
Nein!)

Hören Sie auf, an einer korrupten Marionette festzuhalten!

(Dr. Guido Westerwelle, Bundesminister:  
Nein!)

Beenden Sie die Ausbildung von Bürgerkriegssoldaten durch die Bundeswehr!

(Dr. Guido Westerwelle, Bundesminister:  
Nein!)

Denn das schafft kein sicheres Umfeld.

(Beifall bei der LINKEN – Philipp Mißfelder  
[CDU/CSU]: Unglaublich!)

Setzen Sie auf gleichberechtigte Verhandlungen aller Bürgerkriegsparteien, und geben Sie das Geld für humanitäre Hilfe statt für den Marineinsatz aus!

(Beifall bei der LINKEN)

Zeigen Sie, dass Ihnen die Somalier wirklich wichtig sind und nicht, wie es in einem aktuellen Papier des EU-Rates heißt, die „geostrategische Bedeutung der Region“.

- (B) Wir lehnen den Einsatz des Militärs zur Sicherung von Handelsinteressen ab. Wir werden uns auch in diesem Jahr klar gegen die Mission Atalanta stellen.

(Beifall bei der LINKEN – Ingo Gädechens  
[CDU/CSU]: Gott sei Dank stimmen Sie dagegen! Die Marinesoldaten würden sich schämen, wenn Sie zustimmen würden!)

**Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:**

Omid Nouripour hat jetzt das Wort für Bündnis 90/Die Grünen.

**Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Natürlich ist es das Ziel jeder Militärmission, dass sie sich so schnell wie möglich überflüssig macht. Dass wir jetzt bereits das vierte Mal über Atalanta entscheiden, zeigt, wie groß und schwer die Aufgabe ist, die zu bewältigen ist, und dass wir vom Ziel immer noch weit entfernt sind. Die Zahl der Angriffe steigt nicht mehr. Es ist gut, dass es immer weniger erfolgreiche Angriffe gibt, aber man kann nicht einfach sagen, dass Atalanta bisher ein riesengroßer Erfolg ist; denn Atalanta allein kann die Probleme nicht lösen.

Wir als Grüne haben in den letzten Jahren dem Mandat mehrheitlich zugestimmt, weil wir gesagt haben: Es ist eine notwendige Symptombekämpfung, nicht mehr und nicht weniger. In diesem Zusammenhang möchte ich, Herr Außenminister, eines hier empört zurückweisen. Man macht es sich zu einfach, wenn man sagt:

Denkt einfach nach, dann müsst ihr zustimmen. – In unserer Fraktion gibt es viele, die sich sehr intensiv mit dem Thema beschäftigt haben und aus diversen Gründen zu dem Ergebnis gekommen sind, dass sie Atalanta nicht zustimmen. Das ist also nicht nur eine Frage des Nachdenkens. Da werden Sie Ihren eigenen Aufgaben nicht gerecht. (C)

Wir werden hier gleich Operation Active Endeavour behandeln, eine Mission, die am Anfang Sinn gemacht hat, aber in der Form, wie die Bundesregierung den Mandatstext verhunzt, nicht wirklich zustimmungsfähig ist. Man kann hier nicht einfach nur arrogant rufen: Denk doch einmal nach, dann musst du doch meiner Meinung sein. – So wird man der Ernsthaftigkeit eines Militäreinsatzes nicht gerecht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die notwendige Symptombekämpfung wirft angesichts des jetzt vorliegenden Mandatstexts einige Fragen auf. Antworten darauf kenne ich noch nicht; diese Fragen werden Thema in den Ausschussberatungen sein. Warum kostet die Mission jetzt das Doppelte? Warum ist die Mandatsobergrenze weiterhin dreimal so hoch wie die Zahl der tatsächlich eingesetzten Soldatinnen und Soldaten? Welche „präventiven Maßnahmen“, wie es im Mandatstext heißt, sind jetzt erlaubt? Diese waren im letzten Mandat noch nicht vorgesehen. Was bedeutet die Aussage aus den Koalitionsreihen, dass man jetzt auch schwer bewaffnete Mitarbeiter privater Sicherheitsfirmen an Bord der Schiffe zulassen möchte? Wird das jetzt gemacht? Das wäre für uns ein Punkt, bei dem wir ernsthaft darüber nachdenken müssten, unsere Zustimmung zum Mandat zu verweigern. Oder ist die Bundesregierung bereit, zu sagen, dass Herr Uhl da wieder einmal nur vor sich hin redet? (D)

Es geht auch um die Frage, wie mit den Festgesetzten zu verfahren ist. Herr Staatssekretär, da müssen Sie eine Lösung bieten. Es gibt derzeit keine. Die Lösung, die Kollege Mützenich genannt hat, wird hoffentlich eines Tages umgesetzt. Aber was passiert jetzt? Was machen Soldatinnen und Soldaten heute mit Festgesetzten? Es gibt derzeit keine Lösung. Das ist für die Soldatinnen und Soldaten zutiefst frustrierend. Das ist auch sehr teuer. Diese Situation muss schnellstmöglich verbessert werden. Wenn dieses Problem nicht gelöst wird, wird der ganze Einsatz ein wenig absurd. Aber die politischen Lösungen sind natürlich die zentralen.

Wir reden über eine der größten Hungerkatastrophen, die es in dem Land je gegeben hat. Im Übrigen, Frau Kollegin Buchholz: Sie müssen bitte – um Gottes willen – auch einmal ein Wort dazu sagen, wie die Lebensmittel des World Food Programme ohne einen militärischen Schutz tatsächlich an das Horn von Afrika kommen sollen. Dazu haben Sie kein Wort gesagt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,  
bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP)

Wir haben natürlich weiterhin das Riesenproblem der illegalen Fischerei. Wir haben einen regionalen Konflikt, der deutlich zugenommen hat. Somalia wird auch immer mehr zum Battleground regionaler Mächte. Dabei ist ein

**Omid Nouripour**

- (A) Riesenproblem, dass die EU nicht unbedingt einheitlich agiert. Die Franzosen unterstützen gerade die Intervention Kenias, die Briten sind in Uganda involviert, Eritrea hat eine eigene Agenda, die Äthiopier ebenfalls, auch mit amerikanischer Unterstützung.

Ich vermisse innerhalb der EU ein wenig die Stimme der Bundesrepublik Deutschland zu diesem Thema. Es wäre gut, wenn Deutschland sich dafür einsetzte, dass die Europäische Union einheitlicher agiert, damit wir zum Beispiel das, was die UN seit Jahren beschließt, endlich konsequent umsetzen, nämlich ein Waffenembargo gegen Somalia. Dafür brauchen wir die Nachbarstaaten. Die sind aber zurzeit nicht damit betraut, mit der internationalen Gemeinschaft zusammenzuarbeiten. Dieses Problem kann in Brüssel nicht gelöst werden. Aber in Brüssel können Lösungen dafür entwickelt werden, wie man diese Länder besser unter Druck setzen kann.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
sowie bei Abgeordneten der SPD)

**Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:**

Philipp Mißfelder hat jetzt das Wort für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Philipp Mißfelder (CDU/CSU):**

Frau Präsidentin! Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Nur ein Satz zu Frau Buchholz: Mir ist bei Ihrer Rede wieder einmal klar geworden, dass bei Ihnen – ich beziehe das gar nicht auf Ihre Gesamtfraktion, weil es ja auch bei Ihnen viele gibt, die im Ausschuss vernünftig mitarbeiten – wirklich der Satz gilt: Ideologie vor Hilfe.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Das fällt mir an jedem Ihrer Beiträge auf. Ich verstehe auch gar nicht, wieso sich Ihre Fraktion nicht einen Gefallen tut und auf die Beiträge an dieser Stelle einfach verzichtet.

Zum Kollegen Nouripour möchte ich nur sagen: Ich glaube, der letzte Punkt ist ein ganz wichtiger. Ich glaube auch, dass sich die Bundesregierung dort zu Recht besonders engagiert und dass es in der Afrika-Politik nur europäisch geht. Einzelmaßnahmen von Deutschland oder Willenserklärungen unsererseits dürften hier also nur relativ wenig bringen. Es ist tatsächlich so: Wenn wir über die Ursachen in der Region selber reden, dann muss man feststellen: Natürlich muss hier europäisches Engagement entwickelt werden. Die Vielstimmigkeit auch früherer Kolonialmächte an dieser Stelle ist gerade schon angesprochen worden. Dies bedaure ich natürlich sehr. Aber ich glaube, dass der Hinweis richtig war: Wenn man das Problem wirklich an der Wurzel packen will, ist dort natürlich auch weiterhin Engagement notwendig. Wir engagieren uns auch. Denn der Erfolg wird nur an den Ergebnissen gemessen, und zwar zu Recht.

Deutschland steht als Mitglied der EU und der westlichen Wertegemeinschaft für grundlegende Werte. Dazu gehört natürlich die Durchsetzung von Rechtsstaatlichkeit, von Menschenrechten und des Völkerrechts insge-

sam. Dazu gehören auch freie Handelswege. Es ist kein Selbstzweck, nur Exportinteressen oder Importinteressen durchzusetzen. Es ist in der Debatte schon sehr plastisch geschildert worden, meine Damen und Herren, wie wichtig es ist, das World Food Programms zu unterstützen und auch das Völkerrecht durch die Mission Atalanta weiter durchzusetzen, weil es im Endeffekt natürlich auch darum geht, zu zeigen, dass wir die Region insgesamt für wichtig halten und nicht nur die Handelswege im Blick haben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Trotzdem: Als Exportnation und im Spannungsbogen einer interessengeleiteten und wertorientierten Außenpolitik spielt auch dieses Thema immer eine Rolle; wir lassen es auch gar nicht unter den Tisch fallen. Es ist wichtig, auch den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern zu sagen, warum die 558 Frauen und Männer – bei ihnen haben wir uns gerade schon bedankt – mit ihrem Einsatz einen wirklich wichtigen Beitrag leisten und warum wir dieses Mandat jetzt erneut verlängern müssen. Ihre Aufgabe ist bei weitem noch nicht erledigt und ihre Mission noch nicht zu Ende. Sie leisten an dieser Stelle wirklich Hervorragendes. Ich möchte auch für meine Fraktion noch einmal unterstreichen: Wir sind den Soldatinnen und Soldaten, auch und gerade deshalb, weil sie ihren Dienst unter sehr schwierigen Bedingungen tun, sehr dankbar für das, was sie dort tun.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Die Mission Atalanta und die Aufgabe, die damit zu bewältigen ist, bleiben schwierig. Die Piraten bedrohen die Versorgung der hungernden Menschen in Somalia. Wenn die Lieferungen des Welternährungsprogramms auf dem Seeweg nicht durchkommen, dann geht die letzte Hoffnung – wirklich die letzte Hoffnung – verloren. Insofern ist dies auch ein wichtiger Aspekt des humanitären Beitrags, der im Zentrum dieser Mission steht.

Die Bedrohung durch die Piraten ist nicht gebannt; die Zahlen sind vorhin schon vorgetragen worden. Es gibt tatsächlich immer mehr Zwischenfälle, selbst wenn die Aufklärungsquote vor allem dank des militärischen Engagements erhöht werden konnte.

Ich selbst finde auch, dass es richtig war, dass die Reeder einen Beitrag dazu geleistet haben. Wir haben immer darauf gedrungen, dass wir die Aufgabe nicht per se übernehmen wollen. Gerade auch die Problematik der Beflagung ist vorhin schon geschildert worden. Ich finde es richtig, dass der Verband Deutscher Reeder auch eigene Maßnahmen ergriffen hat.

Zum Einsatz von privaten Diensten an dieser Stelle möchte ich ganz klar sagen, dass wir solche Lösungen grundsätzlich natürlich nicht bevorzugen. Ich finde es auch richtig, dass wir uns hier im Bundestag darüber weitestgehend einig sind. Ich finde es nicht richtig, wie dies in anderen Ländern gehandhabt wird, dass beispielsweise in den USA – in der Debatte in der nächsten Woche wird sich das zeigen – auch aus Kostengründen mehr und mehr auf private Sicherheitsdienste zurückgegriffen wird.

**Philipp Mißfelder**

- (A) Wir haben heute Haushaltsberatungen. Wir leisten uns eine teure Bundeswehr, die gut ausgestattet, aber unter schwierigen Bedingungen auch in Einsätze geschickt wird. Selbst wenn das die teurere Variante ist: Zur Durchsetzung unserer Interessen ist das bei weitem die bessere Variante, als diesen Sektor zu privatisieren und damit auch einer demokratischen Kontrolle zu entziehen. Ich stimme den Vorbehalten ausdrücklich zu.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Nichtsdestotrotz werden die Reeder dadurch nicht aus der Verantwortung entlassen, auch selber einen Beitrag zu leisten und selbst zu überlegen, wie sie für Sicherheit sorgen können. Dafür gibt es auch technische Möglichkeiten, die teilweise auch genutzt werden. Das ist ja auch der richtige Weg, aber ich glaube, dass wir hier nicht alleine die politische Verantwortung für die Sicherung der Seehandelswege übernehmen sollten, sondern dass tatsächlich auch ein Beitrag der Reeder selbst notwendig ist. Darum haben wir auch sehr lange und sehr intensiv mit den Reedern diskutiert.

Meine Damen und Herren, ich bitte auch im Namen meiner Fraktion, dass wir diesem Mandat in der zweiten Lesung zustimmen. Ich halte es auf jeden Fall für sinnvoll, diesen Einsatz fortzuführen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und bitte im Weiteren um Unterstützung.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

- (B) **Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:**

Ich schließe die Aussprache.

Interfraktionell wird Überweisung der Vorlage auf Drucksache 17/7742 an die Ausschüsse vorgeschlagen, die Sie in der Vorlage finden. – Damit sind Sie einverstanden. Dann ist die Überweisung so beschlossen.

(C)

(D)



